

Liebe Eltern der Klasse.....,

in den vergangenen Schulkonferenzen wurde bereits mehrfach über das Thema „Umwandlung der katholischen Josefschule in eine Gemeinschaftsgrundschule gesprochen. In einer katholischen Bekenntnisschule sollte der überwiegende Teil der Schülerschaft auch der entsprechenden Religion zugehörig sein. Das ist an der Josefschule eindeutig nicht mehr der Fall. Die Zusammensetzung der Schülerschaft unserer Grundschule hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Sie besteht mittlerweile aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Konfessionen. Der Anteil der katholischen Kinder im aktuellen Schuljahr beläuft sich auf nur noch 42 %, islamisch sind 25%, orthodox 10%, evangelisch 9% und der Anteil ohne Religion liegt bei 11%.

Aber warum soll unserer Meinung nach die Josefschule in eine Gemeinschaftsgrundschule umgewandelt werden?

Bei der Anmeldung müssen die nicht katholischen Eltern zustimmen, dass ihr Kind am katholischen Religionsunterricht teilnimmt. Einigen Eltern fällt diese Entscheidung sehr schwer, willigen aber entgegen ihrer Überzeugung ein, da es in der Innenstadt keine andere Grundschule gibt.

Das hat zur Folge, dass im katholischen Religionsunterricht in unserer Schule nicht einmal die Hälfte der Kinder katholisch ist. Wäre es nicht wünschenswert, dass nur die katholischen Kinder am katholischen Religionsunterricht teilnehmen und die Kinder, deren Eltern es ausdrücklich wünschen?

Ein weiterer Punkt ist, dass Schülerinnen und Schülern aus den städtischen Randbereichen wie den Stadtteilen Obsthof, Leitmecke, Hassenbruch usw. von der Stadt Busfahrkarten zu Gemeinschaftsgrundschulen (Lahrfeld oder Platte Heide) erhalten, obwohl eigentlich die Josefschule die nächstgelegene Grundschule ist.

Zur Josefschule werden hingegen keine Fahrkarten ausgestellt, da der Fußweg kürzer als 2 km ist. Wandelt sich jedoch unser Status von der katholischen Bekenntnisschule in eine Gemeinschaftsgrundschule, wäre die Josefschule die nächstgelegene Gemeinschaftsgrundschule und Busfahrkarten zu anderen Grundschule würde dann nicht mehr ausgestellt.

So hätte die Schule die Möglichkeit, neben den Kindern aus der Innenstadt auch Kinder aus den städtischen Randbezirken zu erreichen. Dies würde dazu führen, dass sich der „Schulbezirk“ um die Grundschule herum mehr in unserer Schülerschaft abbilden würde.

Die Umwandlung der Josefschule in eine Gemeinschaftsgrundschule trägt also zur Standortsicherung bei. Denn die beschriebenen Nachteile, die durch den Bekenntnisstatus der Josefschule entstehen, fallen dann weg. Alle Grundschulen hätten vergleichbare Voraussetzungen.

Mit der Umwandlung der Josefschule in eine Gemeinschaftsgrundschule würden auch weiterhin die christlichen Feste wie zum Beispiel St. Martin und Nikolaus gemeinsam gefeiert. Die Gottesdienste würden so angeboten wie bislang. Auch der Seelsorgeunterricht findet an Gemeinschaftsgrundschulen statt.

Was würde sich ändern, wenn die Josefschule keine katholische Bekenntnisschule mehr wäre?

Die Kreuze in den Klassen werden abgenommen und das morgendliche Gebet, welches jedoch bereits teilweise in Form von Gedichten oder kleineren Texten umgesetzt wird, fällt weg. Der Besuch der Schulmesse ist nicht mehr verpflichtend, ebenso wie die Teilnahme am katholischen Religionsunterricht, wenn das Kind nicht katholisch ist.

Das Vorhaben der Umwandlung der Grundschule ist keine Entscheidung gegen die katholische Grundschule an sich, bietet aber mittlerweile in Anbetracht der Zusammensetzung der Schülerschaft eine größere Akzeptanz innerhalb der unterschiedlichen Religionen und Religionsgemeinschaften.

Um den Eltern der Schülerinnen und Schüler daher überhaupt einmal die Möglichkeit zu geben, über die Form der Josefschule als katholische Grundschule oder als Gemeinschaftsgrundschule abzustimmen, müssten in einem ersten Schritt 10 % der Eltern der Schülerinnen und Schüler diesen Antrag stellen. Hierfür bitten wir um Ihre Zustimmung durch Ihre Unterschrift auf dem beigefügten Antrag. Erst wenn 10 % der Eltern diesen Antrag stellen, würde anschließend in einem Abstimmungsverfahren endgültig über die Umwandlung entschieden. Hierzu müssten dann mehr als die Hälfte der Eltern der Schülerinnen und Schüler dies bestimmen.

Die unterschriebenen Formulare können über die Klassenlehrerin, die Schulleitung oder direkt an mich zurückgegeben werden. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

gez. [REDACTED]

gez. [REDACTED]